

Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) u. Verbandsbeschwerderecht (VBR), Jan. 2008:

Reformen sind bereits erfolgt: weitere Schwächungsversuche sind reine Zwängerei

Das eidgenössische Parlament hat im Dezember 2006 die UVP vereinfacht und das VBR eingeschränkt. Der Initiator der Gesetzesreformen, der Zürcher SVP-Ständerat Hans Hofmann, hat seine Anliegen als erfüllt erklärt. Er lobte die Reform als „*sehr gute, kompetente und gründliche Arbeit*“. Was für Hofmann ein Fortschritt darstellt, ist für den Vollzug des Umweltschutzes in der Schweiz ein arger Dämpfer. Die Gesetzesänderungen sind per 1. Juli 2007 in Kraft getreten; die Verordnungsentwürfe liegen ebenfalls vor.

So werden UVP und Beschwerderecht eingeschränkt

Das Umwelt-, Natur- und Heimatschutzrecht wurde revidiert, die UVP und das VBR gestrafft und eingeschränkt. Nachfolgend die Änderungen im Detail.

Straffung der UVP:

- Der Umweltverträglichkeitsbericht muss keine Vorsorgeaspekte enthalten;
- Anlagen, die UVP-pflichtig sind, müssen vom Bundesrat regelmässig neu definiert werden: künftig sollen weniger Grossprojekte unter die UVP-Pflicht fallen.

Regelung der Einsprachen:

- Beschränkung des Rügebereiches auf Themen, welche die Umweltorganisationen seit 10 Jahren bearbeiten;
- Umweltorganisationen, die es unterlassen haben, Rügen in früherem Planungsverfahren vorzubringen, sind vom Verfahren ausgeschlossen.

Gegen Verzögerungen:

- Ein vorzeitiger Baubeginn für unbestrittene Anlageteile ist trotz Einsprachen möglich.

Gegen Missbräuche:

- Kein Eintreten auf Beschwerden, wenn in Verhandlungen unzulässige Forderungen gestellt wurden bzw. von den Rechtsmittelbehörden als „rechtsmissbräuchlich“ eingestuft werden;
- Vereinbarungen zwischen Umweltorganisationen und Bauherren werden sehr restriktiv geregelt und gelten lediglich als Antrag an die zuständige Behörde;
- Konventionalstrafen zur Sicherung von Vereinbarungen sind verboten;
- Umweltorganisationen müssen mit einem aufwändigen Bericht jährlich dem BAFU Rechenschaft ablegen;
- Beschwerdebefugnis steht nur dem obersten Exekutivorgan zu. Kantonale Sektionen müssen im Einzelfall zur Beschwerde ermächtigt werden.

Abschreckende Kostenauflegung:

- Die Organisationen müssen die Verfahrenskosten bezahlen, falls sie mit ihrer Einschätzung der Rechtslage falsch liegen und mit ihrer Eingabe vor Gericht unterliegen.

Konsequenzen für beschwerdeberechtigte Organisationen

Den Organisationen ist vom Bund vor über 40 Jahren das Recht gegeben worden, als „Stimme der Natur“ zu fungieren. Auch der Bundesrat hat immer wieder bestätigt, dass sich das VBR bewährt hat. Trotzdem haben sich die Organisationen neu an zahlreiche Restriktionen zu halten.

Die Bedeutung des VBR wird kleiner, die Anzahl Fälle, wo Umweltorganisationen mit rechtlichen Mitteln die Einhaltung der geltenden Rechte einfordern, wird zurück gehen.

Das politische Ziel der **Verwesentlichung** des VBR und der **Rückbindung** einzelner Verbände wurde erreicht. Die starken **Einschränkungen** des VBR muss von den Verbänden aber als **Kompromiss** akzeptiert werden. Der Kompromiss hat auch eine positive Seite: dem nie belegten Vorwurf des Missbrauchs des VBR kann von Seiten der Umweltorganisationen noch besser begegnet werden.

Cd/11.01.08